

# SCHWÄBISCHES TAGBLATT

Heute Spatwache

MONTAG, 10. JANUAR 1949

ÜBERPARTEILICHE ZEITUNG FÜR WÜRTEMBERG UND HOHENZOLLERN

5. JAHRGANG / NUMMER 4

## Intervention erbeten

NANKING. Die chinesische Nationalregierung hat Meldungen aus Nanking zufolge, die USA, Großbritannien und Frankreich ersucht, im chinesischen Bürgerkrieg vermittelnd einzugreifen. Die Botschafter der genannten Staaten in Nanking wurden gebeten, eine entsprechende Anfrage an ihre Regierungen weiterzuleiten.

Nach einer anderen Meldung hat die schwer bedrängte chinesische Nationalregierung auch Rußland ersucht, zusammen mit den anderen drei Großmächten im chinesischen Bürgerkrieg zu intervenieren.

Ein Mitglied der nationalchinesischen Regierung erklärte am Samstag, Tschiangkai-schek werde unter Umständen in einer Woche zurücktreten und Nanking verlassen. Der Marschall habe diese Absicht bereits bei einer Sitzung mit hohen Regierungsbeamten, über die bisher Stillschweigen bewahrt wurde, zum Ausdruck gebracht.

Die Lage an den verschiedenen Fronten des chinesischen Bürgerkriegs ist zusehends unübersichtlich. Heftige kommunistische Angriffe, insbesondere auf die belagerte Stadt Tientsin, wechseln mit längeren Ruhephasen ab.

## Wieder Außenpolitik der Zivilisten

Nach dem Rücktritt Marshalls kein Kurswechsel erwartet

WASHINGTON. „Ich bedauere, daß sich für mich die Notwendigkeit ergeben hat, mein Rücktrittsgesuch als Außenminister einzureichen“, teilte der bisherige Staatssekretär der USA, George Marshall, in einem Schreiben mit, das Präsident Truman am vergangenen Freitag in einer Pressebesprechung bekanntgab. (In einem Teil der vorangegangenen Ausgabe des „Schwäbischen Tagblatts“ konnte der Rücktritt Marshalls noch bekanntgegeben werden. D. Red.) Truman wies darauf hin, daß er dem Gesuch auf Grund des Gesundheitszustandes Marshalls nur ungerne und mit Bedauern stattgegeben habe. Gleichzeitig mit Marshall schied sein Stellvertreter, Unterstaatssekretär Robert Lovett, aus dem Staatsdepartement aus.

Zum Nachfolger von Marshall wurde Dean Acheson ernannt. Acheson (55 Jahre alt), war nach dem ersten Weltkrieg mit 25 Jahren Privatssekretär beim Obersten Bundesrichter der USA, Brandeis. Er eröffnete später eine eigene Anwaltspraxis. 1941 wurde er von Präsident Roosevelt zum Unterstaatssekretär für Wirtschaftsangelegenheiten ernannt. 1944 übernahm er die Aufgaben eines Sonderbeauftragten für internationale Konferenzen. Er arbeitete am Abschluß des Leih- und Pachtvertrages, bereitete die Konferenzen von San Francisco und Bretton Woods vor und gehörte im übrigen zu den aktivsten Wegbereitern der UNRRA. 1945/47 bekleidete Acheson den Posten eines stellvertretenden Außenministers. Seit dieser Zeit gehörte er der von dem ehemaligen Präsidenten Hoover gebildeten Kommission für die Reorganisation der amerikanischen Verwaltung an.

Der Nachfolger Robert Lovetts, James Webb, wurde im August 1948 von Präsident Truman zum Direktor des Bundesbudgets ernannt. Der 42jährige Webb ist von Beruf Rechtsanwalt. Marshalls Rücktritt ist sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in den Hauptstädten der westeuropäischen Staaten mit Bedauern aufgenommen worden. In Washington macht man sich Gedanken darüber, welche Auswirkungen auf die Außenpolitik der Wechsel im amerikanischen Staatsdepartement zur Folge haben wird. Vor allem wird darauf hingewiesen, daß die Außenpolitik von nun an wieder nur von Zivilisten gelenkt werden wird. Es wird damit gerechnet, daß sich der Wille von Präsident Truman noch stärker als bisher durchsetzen wird.

In London glaubt man in dem Rücktritt Marshalls den Beginn einer tiefgreifenden Reorganisation der amerikanischen Verwaltung zu sehen. Es sei verständlich, so erklärt man in London, daß Präsident Truman nach seiner Rückkehr in das Weiße Haus Wert darauf legt, sich mit Männern zu umgeben, auf die er sich bei der Durchführung seiner Außenpolitik vorbehaltlos verlassen kann. In Paris erhofft man sich aus dem Wechsel eine noch stärkere Anerkennung des französischen Standpunktes. Heute wird Präsident Truman dem Kongreß das neue amerikanische Budget vorlegen, das 41,8 Milliarden Dollar umfassen wird. Mehr als die Hälfte dieses für Friedenszeiten ungewöhnlich hohen Betrages ist für die amerikanische Verteidigung und für die amerikanische Außenpolitik bestimmt.

Präsident Truman wird in seiner Botschaft

## USA-Minister für Griechenland?

ATHEN. Der amerikanische Direktor im griechischen Außenhandelsamt, Terrell, ersuchte den griechischen Wirtschaftsminister Rozakis um Erlaß einer Verordnung, die Terrell Rechte einräumte, wie sie den Befugnissen eines Ministers entsprechen. Er forderte u. a., daß ihm das Einspruchsrecht bei Beförderung und Entlassung in Budgetfragen u. a. m. zustehen würde. Rozakis lehnte dieses Ersuchen mit dem Hinweis, daß dies einer Ausschaltung des griechischen Wirtschaftsministeriums gleichkomme, ab. Terrell gab zu, daß diese Deutung richtig sei.

## Fünf britische Flugzeuge abgeschossen

Ernster Zwischenfall Großbritannien-Israel / Englische Truppen in Akaba

TEL AVIV. Am vergangenen Freitag wurden von israelitischen Jägern und Bodenabwehr fünf Maschinen der Royal Air Force, darunter vier Spitfires, abgeschossen. Das britische Luftfahrtministerium bestätigte am Samstag amtlich diese Nachricht und teilte mit, die Maschinen hätten sich auf einem Erkundungsflug über ägyptischem Gebiet nahe der palästinensischen Grenze befunden, unter strikter Anweisung, die Grenze nicht zu überfliegen. Es sei nunmehr die Anweisung ergangen, jedes über ägyptischem Gebiet angetroffene israelitische Flugzeug als Feindmaschine zu behandeln.

Von israelitischer Seite wurde festgestellt, die britischen Maschinen hätten sich über palästinensischem Gebiet befunden und seien teils von Jägern, teils von der Bodenabwehr abgeschossen worden.

Der Vertreter der britischen Regierung beim Sicherheitsrat hängte auf Weisung Bevins dem Delegierten Israels in New York einen scharfen Protest gegen den Abschluß der bri-

tischen Flugzeuge aus. Die israelitische Delegation lehnt es jedoch ab, die britische Protestnote an die israelitische Regierung weiterzuleiten, da das Schreiben ihr übergeben worden sei mit der Aufforderung, es an die jüdischen Behörden in Tel Aviv weiterzuleiten. Der israelitische Delegationschef erklärte: „Mangels genauer Angaben, an wen das Schreiben gerichtet ist, bin ich nicht in der Lage, Ihrem Ersuchen nachzukommen.“

Der britische Konsul in Haifa überreichte einem Vertreter des israelitischen Außenministeriums gleichfalls ein Memorandum, in dem es unter anderem heißt: „Die britische Regierung betrachtet diese Vorfälle als schwerwiegend, legt bei den jüdischen Behörden in Tel Aviv lebhaften Protest ein und behält sich alle Maßnahmen, sowie das Recht auf Schadenersatzanspruch vor.“

Nachdem König Abdallah von Transjordanien Großbritannien um Hilfeleistung auf Grund der Bedingungen des Abkommens von Amman angegangen hatte, entsandte Großbritannien nach einer Mitteilung des Foreign Office britische Truppen zum Schutz des Hafens Akaba am Roten Meer.

Außerdem hat Großbritannien seine Militärdepots in Transjordanien durch Munitionstransporte von Stützpunkten in Ägypten aus auf dem Luftwege verstärkt und seine Benzinvorräte ergänzt. Jäger der Royal Air Force haben den Auftrag, über transjordanischem Gebiet Aufklärungsflüge durchzuführen, um das Kampfgeschehen in Palästina zu überwachen.

Das israelitische Außenministerium protestierte gegen die britischen Operationen in Akaba und bezeichnete sie als „einseitige Einmischung in den Palästina-Konflikt.“

Seit Samstag scheint nunmehr in ganz Palästina Waffenruhe zu herrschen. Der Vermittler der UN in Palästina, Bunché, gab bekannt, daß die Waffenstillstandsbesprechungen zwischen Ägypten und Israel am Dienstag oder Mittwoch auf der Insel Rhodos ihren Anfang nehmen würden.

## Höhere Steuern oder niedrigere Besatzungskosten?

Die finanziellen Sorgen der Länder der französischen Zone

BEBENHAUSEN. Die Finanzminister der Länder der französischen Zone befaßten sich am vergangenen Samstag bei ihrer Besprechung in Bebenhausen mit dem Steuerprogramm, das ihnen von der französischen Militärregierung angesichts der steigenden Schwierigkeiten, die Einnahmen der einzelnen Länder mit den Besatzungskosten in Einklang zu bringen, empfohlen worden war. Die von französischer Seite gemachten Vorschläge sehen die Einführung von Kopf-, Treibstoff-, Wohnungs-, Papier-, Radio- und Weinsteuern sowie die Erhöhung der Umsatzsteuer und der Postgebühren vor.

In der „unverbindlichen Aussprache“ wurde der eine oder andere Vorschlag als erwägenswerte Anregung diskutiert, soweit es sich um die Deckung besonderer Haushaltsaufwendungen handelt, denen unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen nicht mehr ausgewichen werden kann. Als erwägenswert sah man die Einführung einer Radiosteuer in der Form einer Abgabe des Rundfunks, einer Treibstoffsteuer zugunsten der Unterhaltung der Straßen, sowie eine Abgabe der Zeitungen zugunsten der notleidenden Kultureinrichtungen an.

Gegen die letztere Abgabe hat sich die Arbeitsgemeinschaft des Zeitungsverlegerverbands der US-Zone am Samstag entschieden gewandt und hat sie als verfassungswidrig bezeichnet, was die Finanzminister der französischen Zone deshalb schrecken sollte.

Während eine Fahrrad- und eine Kopfsteuer keinen Anklang fanden, wurde es von den Finanzministern als unvertretbar bezeichnet, durch Erhöhung der Umsatzsteuer und der Postgebühren, eine Erhöhung der Gesamtsteuerbelastung vorzunehmen. Die Unterschiedlichkeit der Belastungen der einzelnen Länder durch die Besatzungskosten ist nach Ansicht der Finanzminister kein hinreichender Grund zur Verschiedenheit der Steuerbelastung für die einzelnen Zonen. Das Steueraufkommen müsse der Belastungsfähigkeit der Wirtschaft der Zone entsprechen. Deshalb seien die Besatzungskosten mit dem Steueraufkommen in Einklang zu bringen.

An den Besprechungen nahmen für Rheinland-Pfalz Finanzminister Franz Hoffmann, für Südbaden Finanzminister Dr. Eckert und für Südwürttemberg-Hohenzollern Regierungsdirektor Vohwinkel teil.

## Besorgnisse der Gewerkschaften

Erklärungen zum Ruhrstatut / „Hoffnungen auf Sozialisierung vernichtet“

FRANKFURT. Der Gewerkschaftsrat der Bizonen hat am Samstag das Ruhrabkommen beraten und dazu eine Entschliessung angenommen, in der er feststellt, daß alles davon abhängt, wie das Statut ausgelegt und angewendet werde. Ein großer Nachteil sei es, daß die Ruhrbehörden gleichzeitig mit der Liquidierung des Krieges und mit der natürlichen Ordnung der deutschen Wirtschaft beauftragt würden. Wenn die Bestimmung über die Verhütung übermäßiger Konzentration wirtschaftlicher Macht, so heißt es in der Entschliessung weiter, dahin ausgelegt werde, daß die Ueberführung von Privatbesitz in Gemeineigentum verhindert werden solle, so müßte das den Widerstand der deutschen Arbeitnehmer und der Gewerkschaften hervorrufen.

In ähnlichem Sinne hat sich am Freitag im Parlamentarischen Rat auch der Führer der SPD-Fraktion Professor Schmid ausgesprochen, indem er erklärte, daß durch das Ruhrstatut alle Hoffnungen auf eine Sozialisierung der Ruhrindustrien zunichte gemacht worden seien. Auch die anderen Parteien brachten, wie es, wie bereits gemeldet, die CDU/CSU getan hatte, ihre Bedenken gegen das Ruhrstatut vor. Der Parlamentarische Rat setzte dann die zweite Lesung des Grundgesetzes fort, die bis kommenden Samstag abgeschlossen werden soll. Eine dritte Lesung, die nach Möglichkeit in einer Woche durchgeführt wird, soll aber erst vorgenommen werden, nachdem das Grundgesetz den Mil-

itärregierungen zur Begutachtung vorgelegen hat.

Ueber das Wochenende wurde in Königswinter eine Konferenz der westdeutschen Landesvorstände der CDU/CSU durchgeführt. Außer dem Grundgesetz kamen Fragen der Frankfurter Wirtschaftspolitik zur Erörterung. Wahrscheinlich ist auch die durch die katholischen Bischöfe Deutschlands am Freitag dem Parlamentarischen Rat in Bonn zugeleitete Aufforderung besprochen worden, in die neue Verfassung hinreichende Garantien für eine katholische Erziehung katholischer Kinder einzubauen.

## Cripps fährt nach Paris

LONDON. Der britische Schatzkanzler Sir Stafford Cripps hat eine Einladung des französischen Ministerpräsidenten Queuille, nach Paris zu kommen, um französisch-britische Wirtschaftsfragen zu besprechen, angenommen, ohne jedoch den Zeitpunkt für seine Abreise schon festzusetzen.

## SED-Parteikonferenz

BERLIN. Der Parteitag der SED, der vom 14. bis 17. Januar nach Berlin einberufen war, wird jetzt in der Form einer Parteikonferenz durchgeführt werden, bei der die Öffentlichkeit nur in sehr begrenztem Umfang zugelassen sein wird. Als Redner sind Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbrich vorgesehen.

## Sind wir Nationalisten?

o. h. Liest man heute die ausländische Presse, so könnte man meinen, in Deutschland habe sich innerhalb weniger Wochen eine derartige Wandlung zum Nationalismus vollzogen, daß für Europa das Schlimmste zu befürchten sei. Da heißt es zum Beispiel in der Londoner „Daily Mail“: „In einer vorbedachten Mischung aus Rohheit und Obstruktion konzentrieren sich die Deutschen heute auf drei Dinge: Einhalt der Demontage, Reduktion der Besatzungskosten und Bereicherung ihres Marktes mit Konsumgütern, indem sie England und Amerika um weitere Unterstützung erpressen... Deutschland hat seine Position in diesen dreieinhalb Jahren doppelt soweit vorwärts gebracht als nach dem letzten Kriege. Die westlichen Alliierten würden schlecht daran tun, gegenüber dieser deutschen Art, die sich mit dem Ellbogen nach oben arbeitet, als Gentleman zu handeln.“ In dieser Äußerung, die nur eine von vielen ähnlichen ist, kommt am besten die Veränderung zum Ausdruck, die unser äußeres Verhältnis zu den Siegern erfahren hat. Worauf ist es zurückzuführen, daß man heute im Ausland das deutsche Problem mit ganz anderen Augen betrachtet als noch vor zwei oder drei Jahren?

Es ist selbstverständlich, daß weder England noch viel weniger Frankreich so leicht vergessen, was ihnen Hitlers Angriffskrieg an Leid und materiellen Verlusten gebracht hat, und daß sie darauf bedacht sind, die Wiederholung eines solchen Angriffes mit allen Mitteln zu verhüten. Dementsprechend waren auch 1945 die Sicherheitsmaßnahmen der Alliierten ausgefallen, die jetzt allmählich durch Ruhr- und Besatzungsstatut in ein gewisses Rechtssystem gebracht werden sollen, da ein Friedensvertrag vorläufig nicht zu erwarten ist. England und Frankreich waren sich dabei in ihrer Politik darüber einig, Deutschland in keiner Form wieder als eine Großmacht in Europa auftreten zu lassen, mindestens solange nicht, wie ein europäischer Staatenbund, bei dem ein Angriff des einen Staates gegen einen anderen ein Unsinns wäre, keine realere Form angenommen hat. Ueber die Mittel zur Erreichung dieses Zieles waren sich aber London und Paris keineswegs einig. Während Frankreich seine Absicht durch eine Auflösung Deutschlands in einen Staatenbund erreichen wollte, traut sich England zu, wie es der Londoner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ formuliert, „seinen Willen gegenüber einer deutschen Bundesregierung auch dann durchzusetzen, wenn es keine exakten Paragraphen besitzt, auf die es sich dabei stützen kann.“ Hier spricht, meint der Korrespondent, die jahrzehntelange Erfahrung in riesigen Kolonialgebieten mit. Darum sei England bereit, einer deutschen Bundesregierung in internen Fragen freie Hand zu lassen und den Besatzungsbehörden lediglich ein Vetorecht vorzubehalten, während Frankreich ein regelrechtes Mitspracherecht fordert.

Welchen Grund hat es nun, daß trotz der erreichten Sicherungen und obwohl England wenigstens dem Anschein nach Deutschland seit der vollständigen Kapitulation ein gewisses Entgegenkommen gezeigt hatte, fast über Nacht bei den Westmächten eine neue deutschfeindliche Gesinnung aufflammte? Es ist zweifellos richtig, daß das dumme deutsche Gerede von einer „Remilitarisierung“ und die oft weit über das Ziel hinauschießende Form der Ablehnung des Ruhrstatuts durch deutsche Politiker für uns ungünstig gewirkt hat. Leider haben wir ja nie viel politisches Fingerspitzengefühl gehabt und wir müssen die Kunst des Abwartens und Reifenslassens in außenpolitischen Problemen erst noch lernen. Man muß auch Verständnis dafür haben, daß ausländische Beobachter sich immer wieder vor den Kopf gestoßen fühlen, wenn sie in Deutschland im Zusammenhang mit dem West-Ost-Konflikt ständig dem Geschwätz begegnen, daß uns der Westen über kurz oder lang brauche, weil nun einmal in Europa der Deutsche der einzig brauchbare Soldat sei. Dieses Brambarbasieren, dieses Prahlens mit unserer Unentbehrlichkeit verrät eine so geringe Kenntnis unserer Umwelt und der außenpolitischen Zusammenhänge, daß man manchmal daran zweifeln könnte, daß man manchmal daran zweifeln könnte, daß die deutsche Politik werde einmal den Sinn für wirkliche Politik haben. Solange die Erinnerung an den letzten Krieg so frisch ist, haben wir allen Grund, in unseren Äußerungen möglichst zurückhaltend zu sein. Die zahlreichen deutschen Ungeschicklichkeiten haben oft erschreckende Auswirkungen auf die Einstellung des Auslandes zu Deutschland gehabt.

Auch die Westmächte haben in den letzten Jahren politische Fehler begangen, die sich im Verhältnis der Deutschen zu den Siegern sehr nachteilig bemerkbar gemacht haben, auch wenn wir nicht damit rechnen konnten, daß jahrhundertlange Gegeneinstellungen mit einem Schlage aufgehoben oder beseitigt werden können. Es wäre aber nicht nur ein psychologischer Fehler, sondern auch eine politische Dummheit, aus den fehlgegangenen Erwartungen der letzten drei Jahre für uns das Recht auf einen neuen Nationalismus abzuleiten zu wollen. Wir erwähnen diese deutschen Erfahrungen nur, um auf die etwas unglückliche Verkettung von Ursache und Wirkung, von

Reaktion und Aktion in unseren Beziehungen zu den anderen Völkern hinzuweisen.

Aber alle diese Erklärungen reichen nicht aus, den derzeitigen Spannungszustand zu erklären. Noch ein weiterer Umstand scheint uns vielmehr bei der augenblicklichen Einstellung der Westmächte zum deutschen Volke bedeutsam zu sein. Es dürfte kein Zufall sein, daß sich das Mißtrauen gegenüber Deutschland erst seit der Währungsreform in zunehmendem Maße bemerkbar macht. Seit dieser Zeit hat die deutsche Wirtschaft in überraschendem und für uns erfreulichem Ausmaße, nicht zuletzt auch durch den Marshallplan, sich zu erholen begonnen. Im Ausland hat man das Tempo dieses Wiederauflebens mit höchst gemischten Gefühlen aufgenommen, weil es ausgerechnet in einem Moment einsetzte, wo jede nationale Volkswirtschaft aus den Zuteilungen der amerikanischen Hilfe möglichst schnell für sich das Vorteilhafteste herauszuholen möchte und wo die einzelnen Wirtschaftskräfte noch keineswegs in ausreichendem Maße aufeinander abgestimmt sind, zum Mißvergnügen der Amerikaner, denen an der Erholung des gesamten West- und Mitteleuropas liegt. Die letzteren haben deshalb eine ganz andere Einstellung zu dem Anwachsen der deutschen Produktion als etwa die Engländer und Franzosen, die beide mit allen Mitteln den mühsam errungenen Vorsprung vor den Deutschen bewahren möchten, was schließlich begrifflich ist. Jedes Volk ist sich zunächst einmal selbst der Nächste. Darum ist es nur natürlich, daß ein Mann wie Cripps, der für die Schließung der Einfuhr-Ausfuhr-Lücke Englands verantwortlich ist, manche Aspekte der deutschen wirtschaftlichen Erholung mit Besorgnis beobachtet. Es ist also kein Wunder, daß England, das Deutschland am liebsten weder als politische noch als wirtschaftliche Macht in seine europäischen Berechnungen einbeziehen möchte, sich auch in politischen Entscheidungen wieder mehr denn jemals seit dem Kriege Frankreich genähert hat. Unser Fehler ist es gewesen, daß wir uns durch das Wohlwollen, das uns im angelsächsischen Lager bis zum Herbst 1948 entgegengebracht worden ist, zu falschen Schlüssen haben verleiten lassen.

Wie sollen wir uns nun aber in dieser zweifellos sehr schwierigen Lage verhalten, in der sich bei den Westmächten wahre politische Sorgen mit höchst zweifelhaften wirtschaftlichen Erwägungen verbinden? Die Frage ist berechtigt. Gerade bei unserer Reaktion auf das Ruhrstatut, mit dem uns außerordentlich viel zugemutet wird, macht man es sich im Ausland sehr leicht, indem man sie mit einer Handbewegung als Wiedererwachen des deutschen Nationalismus abtut. Das ist sie aber keineswegs, und vorerst ist die Zahl der deutschen Nationalisten alten und unseligen Angedenkens noch gering. Aber wenn man unter Nationalisten auch die Deutschen versteht, die nicht mehr wollen als die Sicherung eines ausreichenden Lebensstandards für das deutsche Volk, und die meinen, daß alle europäischen Völker gewisse Zustände erreichen müssen, dann könnte man für die Zukunft des europäischen Westens die größten Besorgnisse hegen. Diese Deutschen, und es ist die überwiegende Mehrheit, verlangen nicht mehr als einsichtige Engländer und Franzosen, deren politischer Einfluß vorerst allerdings noch gering ist, im Interesse Europas zuzugestehen längst bereit sind.

Lizenzfreiheit verfrüht

STUTTGART. Auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft des Zeitungsverlegerverbandes der US-Zone am vergangenen Samstag im Kursaal von Bad Cannstatt wurde der Mitverleger der „Stuttgarter Zeitung“, Franz Karl Maier, für 1949 zum Präsidenten gewählt. Die Zeitungsverleger nahmen einstimmig eine Entschließung an, in der die Aufhebung der Lizenzierungen im Zeitungswesen als unbedingt erforderlicher Schritt zur Demokratisierung Deutschlands bezeichnet, jedoch eingewendet wurde, daß diese Maßnahme im Augenblick wegen der mangelhaften Säuberung der Presse verfrüht sei.

Häusliches Examen

Von Reinhard Rebenburg

Meine Tochter ist bald zehn Jahre alt, und das hat in vieler Hinsicht höchst bedenkliche Seiten. Nicht nur, daß ihr das Bett zu kurz wird und der Löffel zu klein — ach, auch die Bildung wächst und nimmt Ausmaße an, die meine väterliche Autorität allmählich beeinträchtigen. Annette geht zwar erst in die fünfte Klasse unserer Dorfschule, aber Frau Ziebel, die Lehrerin, unterrichtet die Kinder nun laut Stundenplan auch in gelehrten Fächern wie Naturkunde und Geschichte. Beim Rechnen kam ich nun zum Glück bisher noch mit, wenn auch oft mit Bluff oder mindestens mit einigem schauspielerischen Aufwand. Nun ergab sich aber beim Mittagessen folgendes Gespräch: „Vati, wann wurde Rom erbaut?“ „Im — nicht an einem Tage...“ lenkte ich geistreich ab, in der Meinung, daß solche Kinderfragen schnell durch eine weniger kritische abgelöst werden. „Meinst du des Nachts?“ und Annette bleibt beharrlich: „Nein, sag's doch richtig! In welchem Jahr?“ Ich darf nicht lange überlegen, ich muß eine präzise Antwort geben. Das überzeugt „Das war 805 vor Christi Geburt“, antwortete ich gelassen, in der sicheren Erwartung, daß nun Ruhe ist. „Falsch!“ tönt es triumphierend zurück. „Das war 753! Sieben-hünf-drei, Rom kroch aus dem Ei!“ Ach du liebe Zeit, ich werde examiniert! Mir wird durchaus unbehaglich. „Nun ja“, versuche ich mich herauszuwinden, „aber so'n bißchen hat man vorher schon angefangen. Rom ist doch 'ne Stadt, die kann man nicht so in einem Jahr bauen. Und da gibt es Professoren, die haben geforscht und gerechnet, und die meinen, daß man 805 schon eigentlich etwas ausgeschachtet hat.“ Da muß ich Frau Ziebel mal fragen, ob

das stimmt. Aber sag mal, wann war denn die Bronzezeit?“ „Och, das ist schon lange her, vor vielen tausend Jahren.“ „Du weißt es nicht!“ „Aber selbstverständlich weiß ich das. Nun ist mal schön, guck Mutti hat ihren Teller schon leer. Das sind doch Möhren aus unserem Garten, hast du selbst sie nicht gestern ausgezogen?“ Daß mir meine Frau aber auch gar nicht zu Hilfe kommt! Sie tut ganz gelangweilt, wahrscheinlich will sie nicht herausfindern, auch noch examiniert zu werden. Unerbittlich geht es weiter, keine Ablenkung hilft. „Vati, wenn du es weißt, kannst du's doch ruhig sagen. Wann war denn die Bronzezeit?“ Ich markiere den ruhig Überlegenden: „Nun laß mich erst mal essen.“ „Aber wenn du den Teller aufhast!“ Also ein paar Minuten Aufschub. Ich überlege ernstlich, ob ich nicht schnell mal zwischendurch nach nebenan gehen soll, um dort im Lexikon nachzusehen. Ich kann ja sagen, daß es an die Tür geklopft hätte. Aber ich bin zu bequem dazu, vielleicht auch fürchte ich, erlappt zu werden. Hätte ich es doch riskiert! Denn kaum ist mein Teller leer, klingt es wieder, ganz zärtlich und sanft: „Was also meinst du: wann war die Bronzezeit?“ Nun gibt es zwei Wege. Einmal den billigen, den Aergerlichen zu spielen, etwa: „Laß mich endlich in Ruhe mit diesem Gefrage, nächstens fragst du noch, was vier und vier ist!“ Aber das wäre eines wahren Pädagogen unwürdig. Dann gäbe es noch die Ablenkungschance mit einem Witzchen, einem überlegenen. Etwa... und so versuche ich's erst mal — mit einer absurden Zahl. „Am dritten August anno 32305!“ Aber Annette schmolzt, sie lacht nicht. Sie ist offenbar entschlossen, mich zu demütigen. Keine Tarnung rettet mich, ich muß eine vorwegene Antwort geben, vielleicht stimmt sie: „So ungefähr 3500...“ taste ich vorsichtig voran — aber schon werde ich un-

Andorra verdient an jedem Krieg

Von unserem CM-Mittelmeerkorrespondenten

ANDORRA, im Januar. Wer Geld in den Taschen hat, der kann bleiben! In Andorra, jener winzigen Republik zwischen Frankreich und Spanien, in der auf 452 Quadratkilometer 6000 Landeseinwohner und eine erkleckliche Zahl von Flüchtlingen leben. Die Männer von Andorra sind sehr auf ihre Selbständigkeit bedacht, die sie sich weder von den Nachbarn, noch von einem etwa in weiterer Entfernung liegenden Staat nehmen lassen wollen. Bisher hat man hier an jedem Krieg verdient und so wartet man geduldig auf die nächsten internationalen Wirren und bereitet sich darauf vor. Im Jahre 1918 rissen türkische und deutsche Kriegsgefangene aus einem französischen Lager aus. Sie flüchteten in den Schutz der Pyrenäenrepublik. „Ihr könnt bleiben, wenn ihr Geld habt!“ Das war die Parole von damals, sie ist es heute noch. Die Franzosen beschwerten sich damals, aber die Männer von Andorra sind in dieser Beziehung taub. Sie verstehen im geeigneten Augenblick nur die eigene Sprache, eine Mischung von Patois und Katalanisch. Die Deutschen blieben; es kam die Nachkriegszeit, es kam der Bürgerkrieg in Spanien. Und damit das Geschäft. Rote und Weiße flüchteten sich nach Andorra. Und bei gutem Wetter saßen die Gegner zusammen an einem Tisch und tranken ihren Aperitif. Heute sitzen die Rotspanier noch immer im „Quosor de l'Isard“ in der 800 Seelen zählenden Hauptstadt und lesen gelangweilt die Zeitungen, die ins Land kommen. Und sonntags finden sich die Freunde über die Grenze, die nur durch ein Schild bewacht wird, ein und besuchen ihre Helden im Exil. Der zweite Weltkrieg brachte dann eine Bewegung in entgegengesetzter Richtung. Die Menschheit versuchte vor dem nazistischen Rassenwahn zu entfliehen und über Spanien nach Amerika zu gelangen. Man spricht heute noch in Andorra von diesen Goldzeiten. Ein Bett zu bekommen war fast unmöglich und dann nur mit Gold aufzuwiegen. Und die Andorraner? Sie schauten weder rechts noch links. Jeder Fremde ist ihnen heilig, nach Ausweisen wird hier nicht gefragt. Dafür sind die Spanier und die Franzosen sehr genau, aber die von Andorra lächeln stetig. Sie können

alle Tricks, um die heimlichen Grenzgänger herüberzuschaffen. Und außerdem stehen sie (ungerechtfertigt) in dem Ruf, großartige Schmuggler zu sein. Man sollte annehmen, daß die beiden Nachbarländer ob dieses Zustandes ärgerlich auf den Zwerg Andorra sind. Genau das Gegenteil ist der Fall. Man hätschelt und lächelt die Zwergrepublik. 112 Kilometer gemeinsame Grenze mit großen Nachbarn ist eben ein Vorteil. Die Spanier errichteten einen Postkasten plus Postbüro in der Hauptstadt. „Correos“ war deutlich zu lesen. „Postes“ las man einige Zeit darauf in einem französischen Büro. Die Franzosen versahen die Republik kostenlos mit einem Telegrafennetz, die Spanier darauf mit Telefonverbindungen. Und die von Andorra in ihren sechs Gemeinden ließen es sich gern gefallen. Nur an die Unabhängigkeit darf keiner tasten. Der Generalrat mit seinen 24 Mitgliedern und seinen von ihm erwählten beiden „Staatsoberhäuptern“ (der eine ist Sattler, der andere war nicht aufzutreiben) wacht darüber, daß das Abkommen aus dem Jahre 1278, nach dem die „Co-Princes“ (Mitregierenden) nur vorgeschriebenermaßen ihres Amtes walten, befolgt wird. Die beiden Mitregierenden sind der spanische Bischof von Urgel und die Nachfolger der Grafen von Foix, erst die französische Krone, dann die Pariser Regierung. Einmal war man außerordentlich unzufrieden über diese beiden Mit-Oberhäupter, als es sich nämlich darum handelte, von einigen Australiern allerlei Gratiabauten zu erhalten. Dafür hätte man die Genehmigung geben sollen, daß Andorra Sitz einer Pferdelotterie werde. Urgel und Paris waren dagegen. Man fand ein Pflasterchen und heute dem Staat Andorra ein hervorragendes großes Elektrizitätswerk, das die Kraft aus dem Landesfluß Valira schöpft. Die Geschäfte der Société Hydroélectrique de l'Andorre gehen ausgezeichnet, die Staatskasse ist voll, die Steuern lächerlich gering. Und trotzdem wollen sie in Andorra Geschäfte machen, mit denen, die sich wegen eines politischen Erdbebens wieder auf die Beine machen müssen. Man richtet die Hotels her.

Nachrichten aus aller Welt

MÜNCHEN. Der Berliner Zahnarzt Dr. Rasbe, der im Dezember 1947 in seiner Wohnung in Berlin-Kreuzberg einen amerikanischen Korporal, mit dem er Schwarzmarktgeschäfte getätigt hat, mit einer Axt erschlagen hatte, wurde in Landsberg am Lech gehängt. MÜNCHEN. Bei einer Verkehrskontrolle auf der Autobahn München-Freilassing wurden in einem von verschleppten Personen besetzten Autobus 100 000 amerikanische Zigaretten beschlagnahmt. HAMBURG. Drei Tage vor Weihnachten wurde aus einem britischen Versorgungslager ein 10-t-Lastzug mit Waren im Werte von 300 000 DM gestohlen. Auf dem Lastzug befanden sich u. a. 120 000 Zigaretten, Spiritussen, Schokolade, Fotoapparate, Rundfunkempfänger usw. „Weihnachtsüberschüssen“, die an Angehörige der Besatzungsmacht in Hamburg verteilt werden sollten. Achtzehn Personen sind inzwischen festgenommen worden. Die Nationalität der Verhafteten wurde auf Wunsch der britischen Militärregierung jedoch nicht bekanntgegeben. HANNOVER. Die SPD hat für ihre Mitglieder ein Parteibüchlein geschaffen, das die Buchstaben SPD in aufsteigender Linie zeigt. Für Jubilare ist ein umkritztes Abzeichen vorgesehen. HANNOVER. Die geplante Gründung des „Bundes für Deutschlands Erneuerung“, hinter dem Dr. Otto Strasser steht, konnte nicht stattfinden, da die Militärregierung den Gründern lediglich die Genehmigung zu einem Treffen erteilt hatte. DÜSSELDORF. Die Stadt- und Landkreise, die unter das Ruhrstatut fallen, haben nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes von Nordrhein-Westfalen einen Umfang von 7 600 33 qkm und nach der Volkszählung von 1940 5 761 836 Einwohner.

BERLIN. In mehreren Städten der Sowjetzone beschlagnahmte die „Volkspolizei“ in der letzten Zeit Geldbeträge über 300 Mark, die von Passanten in der Brieftasche mitgeführt wurden, mit der Begründung, so hohe Beträge müßten auf der Bank einbezahlt werden. Man nimmt an, daß diese Maßnahme mit dem ständig steigenden Bergeldmangel der staatlichen Banken in der Sowjetzone zusammenhängt. PARIS. Nach Meldungen aus Paris wurde die Aufführung von zwei gegen die Sowjetunion gerichteten amerikanischen Filmen für Frankreich verboten. Die Botschaft der USA in Paris bemüht sich um eine Aufhebung des Verbots. LONDON. Aus den alljährlich von der britischen Regierung veröffentlichten Statistiken geht hervor, daß sich die Zahl der jährlichen Ehescheidungen von 1937 bis 1947 verzehnfacht hat. WASHINGTON. Amerikanische Wissenschaftler arbeiten dem soeben veröffentlichten „Fachwörterbuch für lenkbare Geschosse“ zufolge, an der Entwicklung einer „denkenden“ Rakete, bzw. einem entsprechenden Flugzeug, die ihre Angriffsziele auf Grund eines Bildes „erkennen“ sollen. Das Geschöß wird, versehen mit einem Fernsichtgerät und einem Bild des Ziels, gestartet. Sobald es über dem Ziel angelangt ist und sich das Bild im Fernsichtgerät mit dem mitgeführten Bild deckt, geht es nieder. BATAVIA. Neun Minister und andere führende Persönlichkeiten Indonesiens, die anlässlich der holländischen „Polizeiaktion“ verhaftet worden waren, sind nunmehr wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Es handelt sich dabei u. a. um Staatspräsident Soekarno, Ministerpräsident Hatta und den ehemaligen Ministerpräsidenten Sjahrir. Ihre Bewegungsfreiheit wurde allerdings auf eine Insel beschränkt.

Nicht über einen Kamm!

W.G. „Der Schwarzhändler von gestern — der Kaufmann von morgen“, mit diesem Satz läßt sich etwa die deutsche Stellungnahme zu der für heute in Kraft tretenden Gewerbe-freiheit in der amerikanischen Zone zusammenfassen. Die Handwerker fürchten, daß durch diese Maßnahme die alten Traditionen und damit das Ansehen ihres Standes vernichtet würden. Die Verbraucher argwöhnen, daß durch Pfäucher wertvolle Rohstoffe verdorben und durch Spekulationen die Erzeugnisse in die Kanäle des schwarzen Marktes gelenkt würden. Die Politiker weisen darauf hin, daß hier der unglückliche Versuch unternommen werde, ohne persönliche Beziehungen und hinreichende Sachkenntnis spezifisch deutsche Dinge nach einem fremden Muster zu ordnen. Auf der gleichen Linie liberalistischer Wirtschaftspolitik liegt die amerikanische Opposition gegen die Sozialisierung der deutschen Großindustrie, die umgekehrt von der britischen Labourregierung gern gesehen worden wäre. Doch die amerikanische Militärregierung in Deutschland ist noch nicht Amerika. Daß es dort auch andere Stimmen gibt, beweist ein Artikel des „Louisville Courier Journal“, in dem es heißt: „Es wäre gut, wenn Deutschland eine Demokratie des freien Unternehmungsgelstes einrichten könnte. Aber die Hilfsquellen des Landes sind nicht groß genug, um ein solches System aufrecht zu erhalten und um Lebensmöglichkeiten für alle Bürger zu schaffen. Die meisten Engländer und Franzosen sind für ihr Land zu demselben Schluß gekommen. Sie betrachten das ungezügelt freie Unternehmertum als einen Luxus, den sich nur so phantastisch reiche Länder wie die Vereinigten Staaten leisten können. Wir dürfen den Kopf nicht länger in den Sand stecken. Das System, das wir für unser eigenes Land wünschen und verteidigen, darf anderen Nationen, für die es ungeeignet ist, nicht oktroyiert werden. Unser Ziel ist nicht der Kampf für ein freies Unternehmertum, sondern der Kampf für die Demokratie.“ Die Demokratie aber werde in Europa, so schließt der Kommentator, in erster Linie durch die Sozialisten vertreten, die den sicheren Mittelweg gingen zwischen Kommunismus und Reaktion. In die gleiche Kerbe schlägt der Düsseldorfer Korrespondent des „Manchester Guardian“, der in einer eingehenden Untersuchung über „Das neue Westdeutschland“ die Erhard'sche Politik kritisiert, die es fünf Prozent der Deutschen gestatte, mit schwarz gekauftem Benzin in Autos zu fahren und in teuren Restaurants lukullische Gerichte zu verzehren, während die übrigen kaum das Notwendigste kaufen könnten. Er ist der Ansicht, daß die Spanne zwischen Preisen und Löhnen die Gefahr sozialer Unruhen mit sich bringe und verzichtet daher wohlwollend die Forderung der sozialdemokratischen Opposition in Frankfurt, ein Preisaufsichtsamt einzurichten, „das sorgfältig abgestuft wieder Kontrollen einführen sollte, in einem Land, das zu arm ist, um sie überstürzt abschaffen zu können.“ Wenn einmal selbst das klassische Organ des englischen Liberalismus solche Ratschläge erteilen zu müssen glaubt, so wäre es unserer Meinung nach Zeit, das Problem der Preis-kontrollen nicht mit Verdrüstungen auf das Jedermann-Waren-Programm noch weiter auf die lange Bank zu schieben. Die amerikanischen Vorfechter einer freien Wirtschaftsverfassung aber mögen sich von ihrem Landsmann aus Louisville sagen lassen, daß man nicht alles über einen Kamm scheren darf, wenn man wirklich Weltpolitik betreiben will.

Herausgeber und Chefredakteur: W. H. Hebocker, Dr. Ernst Müller und Alfred Schwyzer. Mitglieder der Redaktion: Gudrun Boden, Dr. Wilhelm Gali, Dr. Otto Henning, Dr. Helmut Kleins, Joseph Klinghöfer und Franz Josef Mayer. Monatliches Bezugspreis einseitig, Trägerlohn 2,- DM, durch die Post 2,17 DM. Einzelverkaufspreis 20 Pf. Erscheinungsweise: Montag, Mittwoch, Samstag. Verlag und Schriftleitung: Tübingen, Uhlandstraße 1. Unverlangte Manuskripte werden nur bei Fortbelleger zurückgegeben.

fragt nicht mehr, seit drei Wochen schon. Nur mit krampfhafter Gewalt bringe ich mal ein Körnchen Gleichsamkeit an. Und nun ist Frau Ziebel womöglich schon bei Barbarossa...

Kulturelle Nachrichten

Die deutschen Wissenschaftler Prof. Richard Kuhn, Heidelberg, und Prof. Adolf Butenandt, Tübingen, denen durch Adolf Hitler die Annahme der ihnen 1938 und 1939 zugesprochenen Nobelpreise für Chemie untersagt worden war, werden die Auszeichnungen jetzt nachträglich in Stockholm in Empfang nehmen. Der Württ. Kunstverein Stuttgart zeigt bis Mitte Februar 1949 eine Ausstellung von Berliner Künstlern (Camaro, Fischer, Hartung, Carl, Prof. Helliger, Held, Jannisch, Prof. Kowalski, Prof. Nerlinger, Prof. Eva Schimmel, Prof. Stabenau, Prof. Strecker, Uhlmann) im Künstlerhaus „Sonnenshalde“, Glindekopf 3. Die Ausstellung ist werktags von 10 bis 17 Uhr, sonntags von 11 bis 18 Uhr geöffnet. Der bekannte Schauspieler Erich Ponté wird Ende Januar nach London fliegen, um dort in dem Film „Der dritte Mann“ einen englisch-sprechenden deutschen Art zu spielen. In dem Film wirken außerdem amerikanische, französische und österreichische Schauspieler mit. Der Präsident des statistischen Zentralamtes in der russischen Zone, Prof. Bruno Gleitze, ist von seinem Posten zurückgetreten und hat gleichzeitig sein Amt als Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität niedergelegt. Professor Gleitze, ein Wissenschaftler von internationalem Ruf, begründete seinen Schritt damit, daß er weder als Demokrat noch als Sozialist der in der Sowjetzone eingeschlagenen Politik folgen könne und daß ihm die Arbeit an der Universität infolge des dort ausgeübten „unertäglichen Druckes demagogischer Erhebung“ unmöglich sei. Der Kalender des Jahres 1949 stellt ein verblüffendes Kuriosum dar: er ist auf Tag und Stunde, mit allen Festen, mit Auf- und Untergang der Sonne und des Mondes dem des Jahres 1938 gleich. Die Kalenderspezialisten behaupten, daß sich dieses Ereignis in den nächsten 50 000 Jahren nicht wiederholen werde.







